



EUROPEAN CENTRAL BANK

EUROSYSTEM

PRESSEMITTEILUNG

24. Mai 2017

Anhaltendes Risiko weiterer Neubewertungen am Anleihemarkt, Stressniveau an den Finanzmärkten hält sich jedoch in Grenzen

- Nach wie vor erhebliche Neubewertungsrisiken an den Anleihemärkten
- Marktdruck auf Banken im Euro-Währungsgebiet trotz Fortdauer struktureller Anfälligkeiten geringer geworden
- Anhaltende politische Unsicherheit und potenziell höhere Anleiherenditen könnten neuerliche Bedenken über die Schuldentragfähigkeit auslösen
- Brexit dürfte für den Euroraum kein wesentliches Finanzstabilitätsrisiko darstellen

Die Indikatoren für systemischen Stress im Euro-Währungsgebiet sind gemäß dem jüngsten Finanzstabilitätsbericht (Financial Stability Review) der Europäischen Zentralbank in den vergangenen sechs Monaten niedrig geblieben. Das Risiko einer raschen Neubewertung an den internationalen Anleihemärkten besteht jedoch fort. Im Euroraum könnte sich dieses Risiko im Wege von Übertragungseffekten materialisieren, die von höheren Renditen in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie insbesondere den Vereinigten Staaten ausgehen. Indem die Anleger die Duration ihrer Anleiheportfolios weiter ausweiten, setzen sie sich einem erhöhten Marktrisiko aus.

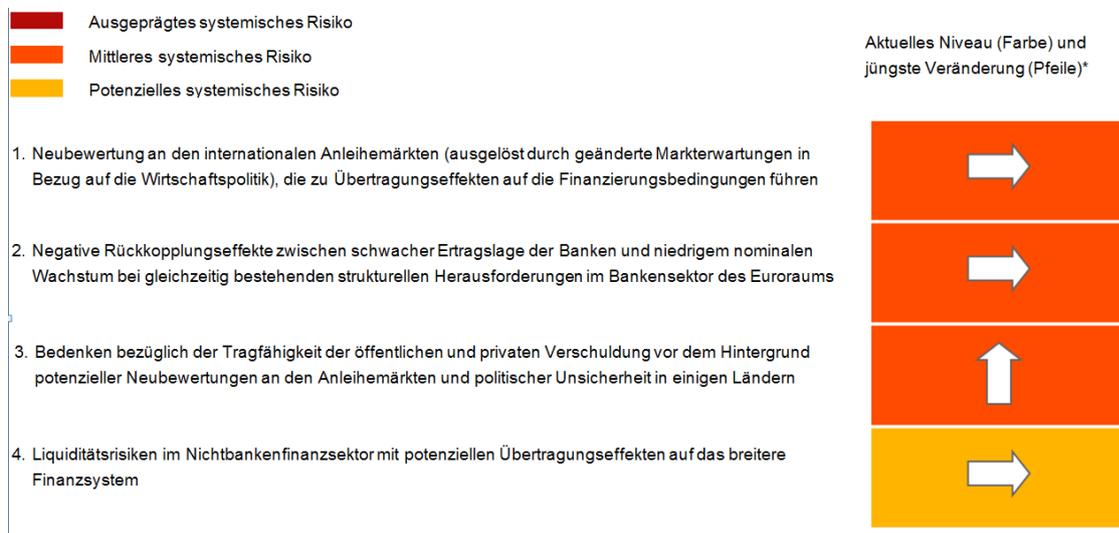
Signifikante Anfälligkeiten sind nach wie vor auch bei den Banken im Euroraum zu beobachten. Der Marktdruck auf die Banken hat in den vergangenen sechs Monaten zwar nachgelassen, wobei sich insbesondere die Aktienkurse im Bankensektor steil nach oben entwickelt haben. Die niedrigen Zinsen stellen die Banken mit Blick auf ihre Ertragslage jedoch unverändert vor Herausforderungen. Hohe Bestände an notleidenden Krediten dämpfen in einigen Regionen nach wie vor die Rentabilitätsaussichten. Getrübt werden die Ertragsperspektiven in mehreren Bankensektoren auch durch eine Reihe struktureller Herausforderungen, darunter Überkapazitäten, ein begrenzter Grad an Einkommensdiversifizierung und Kosteneffizienzen.

Das Risiko wieder aufkeimender Schuldentragfähigkeitsbedenken ist seit Veröffentlichung des letzten Finanzstabilitätsberichts im November 2016 nach oben revidiert worden. Die anhaltende wirtschaftliche Erholung in den vergangenen sechs Monaten hat den Ausblick für die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung im Euro-Währungsgebiet verbessert. Eine länger anhaltende Phase (geo)politischer Unsicherheit könnte allerdings das Wirtschaftswachstum hemmen und für höhere Risikoprämien sorgen. Dies würde die Refinanzierungskosten steigern und könnte erneute Sorgen um die Schuldentragfähigkeit einiger Länder auslösen.

Risiken, die aus einem erhöhten Schuldenstand resultieren, sind auch im nichtfinanziellen Privatsektor zu beobachten – bedingt durch das sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich hohe Verschuldungsniveau im nichtfinanziellen Unternehmenssektor des Euroraums.

Auch vom Nichtbankenfinanzsektor gehen Risiken für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet aus. In den letzten Jahren war ein rasches Wachstum des Investmentfondssektors zu verzeichnen, wodurch sich Finanzstabilitätsrisiken potenziell verstärken können. Diese Anfälligkeiten sind eng mit dem Risiko einer abrupten Neubewertung an den Anleihemärkten verknüpft.

Vor diesem Hintergrund identifiziert der Finanzstabilitätsbericht folgende vier Hauptrisiken für die Finanzstabilität des Euroraums in den nächsten beiden Jahren:



* Durch die Farbgebung wird das kumulierte Risikoniveau dargestellt, das sich aus der Risikoeintrittswahrscheinlichkeit und den zu erwartenden systemischen Risikoauswirkungen in den kommenden 24 Monaten (ermittelt auf der Basis von Schätzungen von EZB-Experten) zusammensetzt. Die Pfeile zeigen an, ob sich das Risiko seit der Veröffentlichung des letzten Financial Stability Review erhöht hat.

Der Finanzstabilitätsbericht enthält außerdem drei Sonderbeiträge. Im ersten Beitrag wird die in jüngster Zeit zu beobachtende Entkopplung der Finanzmarktbedingungen von der wirtschaftspolitischen Unsicherheit untersucht. Der zweite Sonderbeitrag stellt einen Ansatz zur Identifizierung übermäßiger Kreditaufnahmen im Sektor der privaten Haushalte vor, der sich auf ein Konzept der gleichgewichtigen Verschuldung auf Basis fundamentaler Wirtschaftsfaktoren stützt. Der dritte Beitrag beleuchtet die mögliche Rolle und den potenziellen Nutzen von Koinvestitionsstrategien im Umgang mit notleidenden Krediten, bei denen sowohl der private als auch der öffentliche Sektor beteiligt sind.

Medianfragen sind an Frau Lena-Sophie Demuth unter +49 69 1344 5423 zu richten.

Anmerkung:

- Der Finanzstabilitätsbericht von Mai 2017 kann über die [Website der EZB](#) aufgerufen werden.

Europäische Zentralbank Generaldirektion Kommunikation
Internationale Medienarbeit, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 13 1344 7455 00, E-Mail: info@ecb.europa.eu media@ecb.europa.eu, Website: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.